Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 84. Freitag, den 1. Juni. 1866

Die Darlehnskassenscheine.

Ueber dieses Papiergeld wird der „Nat. Ztg." (Nr. 243) aus unserer Provinz folgendes mitgetheilt:

Wenn die „Nordd. A. Z." behauptet, daß „das ganze Land" mit der Oktroyirung von 25 Millionen Darlehnskassenscheinen „einverstanden" sei, so befindet sie sich in dem allerentschiedensten Irrthum, wenigstens in Betreff unserer Provinz. Leider giebt es unter unsern Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Landwirthen nur allzuviele, die in großer Verlegenheit um Zahlungsmittel sich befinden. Es ist natürlich, daß bei der überraschenden Neuheit der herbeigeführten gegenwärtigen Verhältnisse gar mancher von ihnen seine wirthschaftliche Lage für eine weit schwierigere und hoffnungslosere hielt und theilweise noch hält, als sie bei ruhiger und besonnener Betrachtung der Dinge sich erweisen mußte. Es ist eben so natürlich, daß solche Personen in einer Stimmung sich befanden, die sie nach jedem Strohhalm greifen ließ. So ist es denn erklärlich, daß mancher sorgenvolle Geschäftsmann bei der ersten Nachricht von der Verordnung vom 18. Mai eine wirklich Hülfe leistende Hand sich urplötzlich entgegengestreckt zu sehen glaubte. Aber eben so wahr ist es, daß auch diese wirklich oder vermeintlich Hülfsbedürftigen sehr bald zu der Ueberzeugung kamen, daß sie sich bitter getäuscht hatten. Bei einer anderen Leitung unserer inneren und äußeren Politik, sagten sie, wären wir nie in die Lage gekommen, einer solchen Hülfe zu bedürfen, und unter den Verhältnissen, die die gegenwärtige Staatsleitung herbeigeführt hat, sind die Darlehnskassen eben keine reelle Hülfe. Selbst wenn sie uns auf verfassungsmäßigem Wege, durch ein auf Grund des Art. 62 zu Stande gekommenes Gesetz geboten wäre, so würde sie doch, zumal bei der voraussichtlich langen Dauer der politischen Verwirrungen, das, was sie mit der einen Hand uns geboten hat, mit der andern durch die steigende Entwerthung alles Papiergeldes uns wieder nehmen. Aber oktroyirt wie sie es ist, unter Berufung auf Art. 63, werden gerade diese Darlehnsscheine mit noch viel größerem Mißtrauen aufgenommen werden, wie jedes andere Papier. Was wir nicht unmittelbar oder durch kürzeste Vermittelung an eine öffentliche Kasse wieder abgeben können, werden die nicht „wenigen", sondern sehr vielen des Rechtsstandpunktes, von denen die „Norddeutsche Allgemeine" mit ihrer gewöhnlichen Frivolität redet, gar nicht, und diejenigen, denen das Geschäft Alles ist, nur mit möglichst hohem Agio uns abnehmen. Ja, wenn die Volksvertretung, wie vorauszusehen, das ganze Gesetz verwerfen sollte, werden wir die Scheine mit noch schwererem Verluste verkaufen oder gar im Kasten liegen lassen müssen, bis wir, vielleicht erst nach Jahr und Tag, aus den Rückzahlungen der Pfandschuldner eine wohl gar nur theilweise Entschädigung erhalten.

Das ist die Ansicht, die in geschäftlichen Kreisen sich von Tage zu Tage lauter und entschiedener ausspricht. Es ist in der That keinem Zweifel unterworfen, daß von den Vielen, welche bei uns, Gott sei Dank, mit eiserner Konsequenz an dem verfassungsmäßigen Rechte festhalten, die Darlehnsscheine vor ihrer mindestens sehr zweifelhaften Legalisirung durch die Volksvertretung gar nicht, von weniger konsequenten und selbst von politisch reaktionären Geschäftsleuten nur gegen ein nicht unbedeutendes Agio und nur bei Aussicht auf baldige Wiederausgabe werden angenommen werden. Ja, die nur vor einer Stunde mir zugekommene Nr. 119 der „Ndd. A. Z." hat, wie ich mit voller Bestimmtheit voraussehe, schon das Ihrige gethan, um den geringen Kredit des neuen Papiergeldes, schon ehe es bei uns ausgegeben ist, auf ein Minimum zu reduziren. Wir hatten nämlich von ihr oder von einem andern Blatte in ähnlicher Stellung allerdings eine offiziöse Auslassung über die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung vom 18. Mai erwartet. Aber wir setzten voraus, daß man von offiziöser Seite nur den Beweis versuchen würde, daß die Verpflichtung der öffentlichen Kassen zur Annahme der Darlehnsscheine keine „Staatsgarantie" in sich schließe. Doch statt dessen wagt die „Nordd. A." sich mit der mehr als kecken Behauptung hervor, daß der Art. 103, verbunden mit Art. 63, sogar die Oktroyirung von „Anleihen für die Staatskasse gestatte. Mit dieser Ungeheuerlichkeit hat das regierungsfreundliche Blatt dem Faße gar den Boden ausgeschlagen. Gestatten sie mir, die Gedanken und Befürchtungen, die an eine solche Aeußerung des Blattes, das doch nicht blos das Organ des Herrn Braß ist, sich anschließen, für heute unausgesprochen zu lassen.

Zur Situation.

Die Frage ob die Gesandten oder die betr. Minister die einzelnen Staaten auf der Conferenz vertreten werden, ist, wie die „Kreuzztg." versichert, noch nicht entschieden. „Die Botschafter und Gesandten — sagt sie — werden die Conferenz bilden, und erst wenn die darin verhandelten Angelegenheiten zu einem Abschluß gelangen sollten, werden sich die Minister der betheiligten Mächte selber nach Paris begeben. Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt in einer offiziösen Mittheilung der neuesten Nummer sich dringend für ‚eine schleunige Berufung des deutschen Parlaments ‚Diejenigen — heißt es darin — welche der Berufung eines deutschen Parlaments entgegentreten, welche seinen Zusammentritt verhindern, begünstigen den Krieg. Die deutschen Stämme sind für den Frieden, sind entschieden gegen Cabinetskriege, ihre Vertreter werden also auch dem Frieden das Wort reden. . . Die deutschen Bundes-Regierungen mögen nicht vergessen: „Das deutsche Parlament ist der Friede!" Gewiß ist das deutsche Parlament der Friede und wir freuen uns darüber, daß die Regierung erkennt, daß die deutschen Stämme für den Frieden und entschieden gegen Cabinetskriege sind. Auch wir haben wiederholt die Meinung vertreten, daß das deutsche Parlament gewiß vor Allem berufen sei, in der schleswig-holsteinischen und in der deutschen Frage ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Aber hat die Regierung nicht auch daran gedacht, daß es anderer Mittel, als der bisherigen bedürfen wird, um die deutschen Volksvertreter den preußischen Forderungen geneigt zu machen? Welches Votum mag man in Berliner Regierungskreisen für die gegenwärtige preußische Politik von der Majorität wohl erwarten? Daß es Phantasten giebt, die ohne irgend eine Vorstellung von den realen Verhältnissen meinen, Graf Bismarck dürfe das Parlament nur rufen, dann werde es auch sofort seine Politik unterstützen, glauben wir gern. Aber Staatsmänner werden sich doch schwerlich solchen haltlosen Illusionen hingeben.

— Preußen sagte in den Vorverhandlungen seine Theilnahme an den Conferenzen unter Voraussetzung zu, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Bundes nicht beabsichtigt werde. Die Mächte sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß die preußischen Bundesreform-Vorschläge jeden Anlaß zu fremder Intervention vermeiden.

— Aus Paris berichtet man, daß auf der Konferenz zuerst die deutschen Angelegenheiten, also die schleswig-holsteinische Frage und die Bundesreform, und dann erst die venetianische Frage auf die Tagesordnung kommen sollen. Es wurde dies früher als das Verlangen Oesterreichs bezeichnet, welches sich wohl der Erwartung hingiebt, daß die Verhandlungen schon in diesen beiden ersten Stadien ins Stocken gerathen

---

— **Politische Reminiscenzen.** Der General Jos. v. Radowitz (von Ende September bis Anfang November 1850 Minister des Auswärtigen Friedrich Wilhelm IV.) gab im Frühjahr 1831 „Neue Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche" (Erfurt und Leipzig, Körner 1851) in Druck, in deren 2. Theile bei Besprechung der bekannten Uebereinkunft zu Olmütz wörtlich zu lesen ist:

„Diese Sünde wird gebüßt werden müssen durch einen Waffenkampf auf Leben und Tod. Eben was man hat um jeden Preis vermeiden wollen, was gerade in die jetzige klägliche Lage gelockt hat, das wird zehnfach hervorbrechen: der Krieg gegen Oesterreich, bis ein Theil völlig zu Boden liegt. Wird aber Preußen nicht gerade dann durch die unwiderstehliche Gewalt der Umstände hinüber gedrängt werden zur Verbindung mit dem revolutionären Geiste, den auch ich so bezeichne? Wird man dann, wenn es um Sein oder Nichtsein gilt, noch peinlich abwägen dürfen, weß Geistes Kind die Verbündeten sind, die für Preußen und gegen Oesterreich eintreten? Wird man dann noch die Kräfte als feindselig von sich stoßen können, die den gebrechlichen Kunstbau der österreichischen Monarchie von einander sprengen und an den treulosen Dynastieen in Deutschland das Vergelteramt üben werden? Daß es je dahin kommen, das war es, was wir hindern wollten, was auch die preußische Regierung zu wollen schien, indem sie sich an den besseren Geist der Nation wandte und Oesterreich gegenüber eine feste Selbstständigkeit behauptete. Beides ist im November zu Grunde gegangen, das ist mein Schmerz für die Gegenwart, das ist mein Grauen vor der Zukunft.

In demselben Buche wird mit Bezug auf Frankreich (damals noch Republik) schon auf dessen Absicht hingedeutet:

„in Italien einzurücken, die österreichische Herrschaft in der Lombardei zu vernichten und Savoyen an Frankreich zu bringen! Täuschen sonst gute Nachrichten nicht, so lag dieser Gedanke wenigstens dem Präsidenten und seinen Freunden bedeutend näher, als die Gefahren Preußens zu Gunsten der österreichischen Hegemonie zu vermehren! Er ist auch praktischer als ein Eroberungszug gegen die Rheinlande; man findet dort die glühenden Sympathien eines zertretenen Volkes und einen kriegsgerüsteten Alliirten vor und hat kaum eine englische Einsprache zu besorgen. Lauter Vortheile, die doch Gott Lob! an unserm deutschen Rhein noch mangeln. Der Propanz der französischen Invasion, mit dem man uns zu schrecken sucht, ist für unsern treuen Verbündeten zu Wien bedrohlicher als für Preußen!"

Diese Voraussage erscheint Angesichts der heutigen Weltlage noch bedeutsamer, wenn man sich dabei erinnert, daß Radowitz Katholik war.

Magaz. f. d. Lit. d. Ausl.

— **Ueber die Secte der Nihilisten,** welche in Rußland so zahlreiche Anhänger findet, spricht sich ein Petersburger Correspondent folgendermaßen aus: „Es sind dies Leute, die alles Positive und Ueberlieferte in Religion, Sitte und Staat leugnen, sich Alles erlauben und keiner Satzung mehr gehorchen wollen, möge sie nun polizeilicher oder höchster sittlicher Natur sein. Männer und Frauen gehören zu diesen Nihilisten, und erkennen nur ihr augenblickliches Gelüst als Gesetz an, und die Behörde kann nichts dagegen thun. In ehelicher Hinsicht das ausgesprochendste Mormonenthum, in wissenschaftlicher — nur encyclopädisch, in sittlicher — schmutzig, verkommen, roh, treiben diese Leute ihr Wesen. Vor allen Dingen emancipiren sie sich von jeder Scham und möchten gar zu gern auch über Reue und Gewissensbisse zur Tagesordnung übergehen, wenn das nur ginge. Auch der junge Mann, welcher das Attentat auf den Kaiser Alexander versuchte, soll dieser Secte angehören, und es ist daher erklärlich, daß General Murawieff den Mitgliedern dieser Secte stark auf die Kappe geht."

könnten, und dann die fatale venetianische Frage, obwohl diese allein in der That einen europäischen Charakter besitzt, gar nicht erst zur Besprechung gelangen würde. Die Lage der deutschen Verhältnisse ist freilich eine solche, daß, wenn es zum Kriege käme, Frankreich zuletzt wahrscheinlich in noch entscheidenderem Maße das letzte Wort erhalten würde, als gegenwärtig. Ein Präzedenzfall der traurigsten Art bleibt es aber gewiß, daß die deutsche Bundesreform und die schleswig-holsteinsche Frage überhaupt vor das Pariser Forum gezogen werden. Wenn die alte Kabinetspolitik solche verwickelte Angelegenheiten in Angriff nahm, so suchte sie sich wenigstens im voraus fester Allianzen und damit der überwiegenden Zahl von Säbeln und Kanonen zu versichern. Preußen und Oesterreich aber machten den ganzen Erfolg ihrer letzten diplomatischen und militärischen Operationen von vorn herein von den unerforschlichen Absichten des westlichen Nachbars abhängig.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 30. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt, daß die Nachricht verschiedener Blätter, es seien die Vorkehrungen zur Concentrirung der preußischen Truppen eingestellt, und der Ausmarsch der Garde auf 14 Tage sistirt, unbegründet sei. Die Concentrirung der Armee gehe in angeordneter Art weiter fort und die dem ganzen Concentrationsplan entsprechende Zeitbestimmung für das Ende der Aufstellung der Corps bleibe innegehalten. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt ferner an officiöser Stelle, die Beweise von der Friedensliebe Preußens zusammenstellend, daß diejenigen, welche der Parlamentsberufung entgegentreten, den Krieg begünstigen. Die deutschen Stämme seien für den Frieden, und entschieden gegen einen Cabinetskrieg. Ihre Vertreter würden dem Frieden das Wort reden; die Bundesregierungen möchten nicht vergessen, daß das deutsche Parlament der Friede sei.

— Den 31. Mai. Daß die Bewegung bei den Wahlen nicht so frei ist, wie die „Prov.-Korr." vermuthen ließ, zeigt die Beschlagnahme eines in Briefform abgefaßten vertraulichen Wahlcirculars zu Wittenberg. Nach § 5 des Preßgesetzes weiß man kaum, ob solche Circulare überhaupt der polizeilichen Kenntnißnahme durch Einreichung unterliegen. Letzterer wurde der Vorsicht wegen genügt. Die Haussuchung beim Drucker hat die Handschrift des Schriftstellers M. Anton Niendorf ergeben.

— Die Gesandten von England, Rußland und Frankreich haben dem Grafen v. Bismarck die Einladung Preußens zur Beschickung des projektirten Kongresses in Paris überreicht. Als Gegenstände der Berathung sind die schleswig-holsteinische, die italienische und die deutsche Reformfrage in Aussicht genommen, die letztere, in so weit sie das europäische Gleichgewicht berührt. Diese Einladungen sind an Oesterreich, Italien und den deutschen Bund von den drei Mächten gerichtet worden.

— Der General der Kavallerie und General-Adjutant des Königs, Graf Nostiz, ist gestern Nachmittag halb 5 Uhr sanft und schmerzlos entschlafen. Mit ihm ist eine der letzten Berühmtheiten der Befreiungskriege geschieden: er war bekanntlich in der Schlacht bei Ligny Blüchers Adjutant.

— Gegenüber der von hiesigen Zeitungen gebrachten Nachricht, der Geh. Obertribunalsrath Waldeck habe plötzlich die Sehkraft an einem Auge eingebüßt und sei aus Grund der vorzunehmenden Kur nicht in der Lage, für die bevorstehende Session ein Mandat als Abgeordneter anzunehmen, erfahren wir von kompetenter Seite, daß Herr Waldeck allerdings seit einigen Tagen an einem Augenübel leidet, aber hierdurch nicht verhindert werden wird, die Funktion eines Abgeordneten anzunehmen und auszuführen, wenigstens lasse sich dies zur Zeit nicht befürchten.

— Die ministerielle „Provinzial-Correspondenz" spricht, gegenüber dem Ausspruche, der Regierung kein Geld eher zu bewilligen, bis die Forderungen der Fortschrittspartei erfüllt seien, die Meinung aus: dies sei nicht die Stimme des preußichen Volkes, weil damit ein Verrath am Vaterlande geübt werden würde. Dagegen werde eine rückhalslose patriotische Hingebung des Landtages unzweifelhaft das offenste Entgegenkommen der Regierung für Beseitigung des Verfassungs-Conflictes finden. Die bisherigen Mittheilungen über eine durch die Pariser Conferenz beabsichtigte Länderverteilung, sagt dasselbe Blatt, seien nur Zeitungsgerüchte ohne jede ernstere Berechtigung. Der Zusammentritt der Conferenz werde vermuthlich nächste Woche stattfinden. — Die „Kreuzztg." enthält ein Schreiben aus Wien, worin es heißt: Es scheint (von wem?) mit einem aus der letzten polnischen Revolution bekannten polnischen Anführer unterhandelt zu werden, der eintretenden Falls sich an die Spitze eines polnischen Aufstandes gegen Preußen zu stellen beabsichtige. Rußland soll vielerlei Mittheilungen darüber erhalten haben. — Der „Staatsanzeiger" publizirt folgende Bekanntmachung des Kriegsministers und des Ministers des Innern: Zur Deckung des im Kriegsfalle eintretenden Bedarfs an Ersatzmannschaft, ohne die älteren Jahrgänge der Landwehr heranzuziehen, soll nöthigenfalls noch im Laufe des Sommers eine Musterung der Heerespflichtigen, welche vor 1865 bis rückwärts 1857 von der Einstellung freigeblieben sind, stattfinden. Bei derselbe concurriren alle im Jahre 1843 bis einschließlich 1846 geborenen Heerespflichtigen, welche zur Armee-Reserve, zum Train oder zur Ersatz-Reserve designirt worden oder disponibel geblieben sind. Ausgeschlossen sind nur diejenigen, welche als dauernd dienstunbrauchbar befunden worden sind.

— Die letzte No. der „Kreuzztg." bringt wieder einen längeren Artikel des Rundschauers (Appellations-Gerichts-Präsident v. Gerlach), der sich mit aller Entschiedenheit gegen einen Krieg ausspricht, für welchen seiner Meinung nach kein gerechtfertigter Grund vorliege. Der Rundschauer bedauert, daß schon die Aussicht auf Krieg die Conferenz zu Stande gebracht habe, in welcher die deutschen Mächte von Europa nichts Gutes zu erwarten hätten, aber es wäre immer noch besser ein Congreß jetzt als nach einem blutigen Kriege, der die Kräfte Deutschlands erschöpft hätte.

— Die Zeitungen veröffentlichen den Wortlaut einer Note des Grafen Bismarck v. 22. d. an den preußischen Gesandten in Stuttgart. Bezugnehmend auf die am 20. d. überreichte württembergische Depesche, wodurch Württemberg sich den Friedensbemühungen Bayerns anschließt, bemerkt Graf Bismarck: Preußen könne Württemberg nicht als vorzugsweise legitimirt zu Friedensmahnungen ansehen, da Württemberg neben Oesterreich und Sachsen zuerst durch seine Rüstungen Anlaß zu der gegenwärtigen Spannung gegeben habe. Die Note hebt das Verhältniß der württembergischen Rüstungen zu der österreichischen Circulardepesche v. 16. März hervor, welche die Bundesstaaten zur Mobilmachung aufforderte. Hierdurch seien auch Preußens Rüstungen veranlaßt und die Kriegsgefahr heraufbeschworen worden. Hätten Oesterreich, Sachsen und Württemberg im März nicht gerüstet, so würde die Lage sich schwerlich in kriegerischer Richtung entwickelt haben.

Die „Köln. Z." vertheidigt in einem längeren Artikel die Friedensadressen der rheinischen Städte an den König. Sie führt aus, daß das preußische Volk in seiner großen Majorität die Politik des Grafen Bismarck in keiner Weise billige. Wer es für eine Lächerlichkeit erkläre, wenn man von einem „Bruderkrieg" spreche, der vergesse, daß Bayern, Schwaben 2c. 2c., die aller Wahrscheinlichkeit nach mit in den Kampf hineingezogen würden, nicht zu den slowakischen Mausefallenhändlern zählen. Die Behauptung, daß eine Reform der deutschen Bundesverhältnisse nicht ohne Krieg zu Stande zu bringen sei, sei eine vollständig willkürliche. Radowitz und seine Nachfolger seien darüber anderer Meinung gewesen. Es ist klar — sagt die „K. Z." — daß die Adressen, keineswegs geeignet sind, in Oesterreich die Vorstellung zu wecken, das preußische Volk wünsche Frieden um jeden Preis, wohl aber, daß sie im übrigen Deutschland, das mehr und mehr das preußische Volk mit dem Grafen Bismarck zu identificiren angefangen hatte („Die Preußen sind lauter Bismarcks", pflegte man zu sagen"), den besten Eindruck gemacht und den Unterschied zwischen dem System in Preußen und dem preußischen Volke deutlich hervorgehoben haben. Artikel, wie die der „N.-Z." (gegen die Adresse) sind allerdings sehr geeignet, zum Bürgerkriege zu hetzen und die Politik, die wir alle bekämpfen, zu ermuthigen. Wie sehr die Stadtverordneten von Köln im Rechte waren, auf die Gefahren der Rheinprovinz aufmerksam zu machen, das geht aus den befremdenden Nachrichten hervor, die heute aus Paris zu uns herüberschallen.

— Vor einigen Wochen, als hier bekannt wurde, daß Oesterreich zum Beginn des „Bruderkrieges" seine Croaten, Paduren und sonstiges Raubgesindel an die Preußische Grenze geworfen hatte, traten die Primaner des hiesigen Cadettencorps, ungefähr zweihundert an der Zahl, Knaben im Alter von ungefähr vierzehn bis sechzehn Jahren, zu einer vertraulichen Besprechung zusammen, deren Resultat war, daß noch an demselben Nachmittag eine vom Cadet v. Richthofen entworfene Immediat-Vorstellung Namens Aller an den König abging, worin die Primaner um sofortige Einstellung in die Armee beim Ausbruch des Krieges baten. Da man sich gegenseitig das Wort abgenommen hatte, so blieb die qu. Angelegenheit im Corps so geheim, daß weder die Lehrer noch die übrigen Cameraden hiervon Kunde erhalten hatten. Mit der größten Spannung wurde der allerhöchsten Entscheidung entgegen gesehen, welche auch nicht lange auf sich warten ließ. Der König soll sich zwar über das Vorgehen der jungen Cadetten gefreut haben, hat aber vorläufig ihre Bitte abgelehnt, jedoch ausdrücklich dabei befohlen, daß dieselben straffrei ausgehen sollen, obwohl sie einen groben Verstoß gegen die militärische Disciplin begingen, indem sie, mit Umgehung aller vorgesetzten Dienstbehörden, direkt an den obersten Kriegsherrn sich gewendet haben.

Baiern. In der „Wiener Presse wird, was die „A. A. Z." kürzlich von einem jüngsten romantischen Ritt des jungen Baiernkönigs nach der Schweiz meldete, durch folgende Erzählung bestätigt: Begleitet von einem einzigen Reitknecht, ritt er vor etlichen Tagen von Schloß Berg (am Starnbergersee) nach der Schweiz, d. h. bis Lindau, woselbst er das Dampfboot bestieg, das ihn über den Bodensee nach Roschach brachte. Weder Freiherr v. d. Pfordten, noch auch einer der Königl. Adjutanten hatte Kenntniß von diesem plötzlichen und unerwarteten Entschlusse des Monarchen, der in der That bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen schwer begreiflich ist. Die Aufregung die das so eben Erzählte hier hervorgerufen hat, ist außerordentlich groß; vermehrt wird sie noch durch den Umstand, daß Ludwig II. diesen romantischen Ausflug unternommen hat um Richard Wagner zu besuchen, und an dem fortan innigen Verkehr zwischen ihm und dem Schöpfer der Zukunftsmusik kaum länger mehr zu zweifeln sein dürfte. Man erzählt, daß Freiher v. d. Pfordten, Pfistermeister und v. Lutz mit Rücksicht auf die obige improvisirte Reise des Königs den Entschluß gefaßt haben sollen, ihre betreffenden Portefeuilles niederzulegen, aber Niemand will daran glauben, daß es geschehen werde. Das Gerücht ist nur als Satire anzusehen.

Oesterreich. Die amtliche „Wiener Zeitung" publizirt ein Gesetz vom 25, Mai, welches eine Zwangsanleihe von 12 Millionen Gulden für das lombardisch-venetianische Königreich ausschreibt. Die Einzahlungen haben in sechs gleichen, für die Provinzen Venedig, Vicenza und Belluno Ende Juli, für die übrigen Provinzen Ende Juni beginnenden Monatsraten in Silber oder Gold zu erfolgen.

Frankreich. Der „Moniteur veröffentlicht einen vom Kaiser genehmigten Bericht des Kriegsministers über das völlige oder theilweise Eingehen einer Reihe (98) fester Plätze und Werke. die heutzutage durch die Fortschritte im Kriegswesen und durch die Entwickelung der Eisenbahnen entbehrlich oder unnütz geworden sind. Indem der Kriegsminister diese Maßregel in Vorschlag bringt, unterläßt er nicht die Aufmerksamkeit des Kaisers auf die Nothwendigkeit hinzulenken, die Werke der Haupt-Grenzfestungen zu erweitern und gegen die zerstörenden Wirkungen der neuen Artillerie sicher zu stellen. Hierauf sollen, wie es heißt, alle Summen verwandt werden, welche sich aus dem Verkaufe der Grundstücke und des Materials der zu schleifenden Plätze ergeben werden; Marschall Randon sieht sieht diese Arbeiten als dringlich, und so werden wir allem Anscheine nach, an unseren Grenzen Panzerfestungen haben.

Spanien. Aus Madrid. 26. Mai, wird telegraphirt: Ein Rundschreiben des Staats-Ministers an Spaniens Vertreter im Auslande entwickelt die Gründe, aus denen das Bombardement Valparaiso's verfügt worden, und fügt hinzu, daß Spanien stets bereit sei, einen ehrenvollen Frieden zu schließen. Der Pariser „France" zufolge würden die Regierungen Frankreichs und Englands von der Spanischen vollständigen Ersatz verlangen für den Schaden, den der pflichttreue Admiral Mendez Nunez an dem Neutralen Eigenthum angerichtet. Die englischen Besitzer haben bei dem Bombardement ca. 20 Mill. Piaster Schaden gehabt.

Italien. Dort giebt sich immer größere Ungeduld kund und man darf sich nicht wundern, wenn dort trotz der Conferenz der Krieg eröffnet wird. Man glaubt, daß bei der zunehmenden Hitze und bei den drohenden Krankheiten es gar nicht möglich sein werde, das Heer in Italien unthätig in den Standquatieren zu halten. Die „Nazione" vom 26. Abends meldet, „daß Oesterreich Maßregeln für den Fall trifft, wo es in Venetien etwa Städte räumen und sich ganz ins Festungsviereck zurückziehen wollte." Ein österreichisches Rundschreiben an die Chefs der Verwaltung schärft den Beamten für diesen Fall die Pflicht ein, daß sie der Armee sich anzuschließeen haben, und droht denjenigen Beamten, welche nicht-östereichischen Behörden Folge leisten, daß sie als Hochverräther behandelt werden würden. Garibaldi scheint wirklich bereits dem Adriatischen Meere abgegangen zu sein, wenigstens meldet heute auch die „France", nach Berichten von Genua habe Garibaldi Caprera am 23. verlassen und sich nach der Adriatischen Küste verfügt. Zugleich bringen die Blätter einen Tagesbefehl des Admirals Persano, welcher bereits vom 16. Mai (Rhede von Tarant) datirt ist, und worin er Jedermann auffordert, seine Pflicht zu thun, und mit dem Zurufe schließt: „Jetzt also ans Werk! Keine Strapazen sollen uns ermüden im Hinblick auf das heilige Ziel: sie sollen uns im Gegentheil heiter und froh finden. Es lebe die italienische Flotte, so wie ihr Braven, die ihr berufen seid, die Ehre unbefleckt zu wahren!" Allerdings sagt das officiöse Journal „Pays", Lamarmora habe in Paris nochmals erklärt, daß ein Angriff Italiens die Unterhandlungen auf der Conferenz nicht unterbrechen werde; indeß mag es immerhin zweifelhaft sein, ob die Maßregel Oesterreichs (so jetzt wieder die Zwangsanleihe) dem Faß nicht den Boden ausschlage.

— Man glaubt hier allgemein, daß Oesterreich sich gegen Italien in der Defensive zu halten, dagegen die ganze Wucht des Angriffs auf Preußen zu richten beabsichtige. Daß Oesterreich am Po sich defensiv verhalten wolle, bis es mit Preußen fertig sei, schließen die Italiener daraus: 1) daß die Plane, in der Polesina Ueberschwemmungen zu machen, außer Frage sind; 2) daß der Po Ferrara gegenüber fast ganz degagirt ist: 3) daß die Concentration nördlich von der Etsch zwischen Boara und Rovigo bewirkt wird; 4) daß die Mantuanischen Distrikte auf dem rechten Po-Ufer von den Oesterreichern nicht ernstlich besetzt sind.

Rußland. Ueber die Verhaftungen von sogenannten Nihilisten in Petersburg schreibt man der „Ostdeutschen Zeitung" aus Petersburg: Die Verhaftungen in Folge von Angaben bereits Verhafteter nehmen in Petersburg beständig zu. Zwar war seit einiger Zeit die Anwendung von Prügeln bei criminellen Untersuchungen formell aufgehoben, allein man hat sich niemals daran gehalten und jetzt ist jenes Verbot aufgehoben. Mehrere der Verhafteten sind bereits unter oder nach der Tortur gestorben. Man meint in Europa noch gewöhnlich, die traditionelle Knute sei das russische Factotum; allein seit einer Reihe von Jahren ist dies Instrument durch zwei sinnreichere Apparate verdrängt, es sind dies der „Kat" und die Batoki." Der erstere wird bei öffentlichen Bestrafungen angewandt und besteht, ähnlich der neunschwänzigen Katze, aus einer Peitsche mit mehreren Riemen, an deren Enden Kugeln angebracht sind; die Batoki aber werden als Folterwerkzeuge gebraucht. Es sind kleine viereckige Stäbchen, welche in der Weise von Trommelschlägeln gehandhabt werden. Das Opfer wird auf eine Bank geschnallt; auf seinen Nacken und auf seine Schenkel setzt sich rittlings je ein Beamter

und der Rücken des Unglücklichen ist das Objekt ihren Bemühungen. Der Schmerz bei dieser Methode ist nach Ansicht der russischen Polizei zum Erzwingen von Angaben äußerst passend. Freilich wird selten wieder Jemand gesund, an dem eine Stunde lang diese Operation vollzogen ist. Unter gräßlichen Qualen haben, wie ich aus sicherer Quelle vernehme, mehrere angebliche Nihilisten im Petersburger Polizeilazareth ihren Geist aufgegeben; sie hatten in einer Woche zweimal die Batoki bekommen. Diese Vorgänge bedürfen keines Commentars.

Provinzielles

Neumark, den 26. Mai. (G. G.) Gestern passirte das Osteroder Landwehr-Bataillon auf dem Marsche nach Thorn und nahm hier Nachtquatier in unserer Stadt. Wenn auch bei sonstigen Truppenmärschen stets ein reges Interesse der Einwohner unseres Städtchens sich bemerkbar machte, so war dies gestern in erhöhtem Maße der Fall, da ein sehr großer Theil der Wehrmänner unserem Kreise angehörte Es hatten sich deswegen auch Frauen und Angehörige der Offiziere und Mannschaften in nicht unbedeutender Zahl hier versammelt, um noch ein Paar letzte Abschiedsstunden zu feiern. Heute nun rückte daß Bataillon wieder aus, und manche Thräne der Wehmuth gab ihm das Geleite. Auf Anregung einzelner Bürger wurde in der Geschwindigkeit darauf Bedacht genommen, dem Bataillone auf der Grenze des Löbauer Kreises noch einen Scheidegruß darzubringen. Zu dem Zwecke wurde in den auf einem Drittheil des Weges nach Strasburg belegenen Kallugaer Wald Weißbrod und Bier zur Vertheilung an die Mannschaft geschafft, und anderweitige Erfrischungen für die Offiziere zur Stelle gebracht. Der Major hatte die Güte, den Wehrmännern die nach dem zweistündigen, im tiefen Sande des Weges anstrengenden Marsche wohlthuende kurze Rast zu gönnen und die kleine Ovation im Namen des Bataillons freundlich anzunehmen. Uns Neumärkern gab dies improvisirte kleine Fest eine erfrischende Abwechselung in dem sonst einförmigen Verlaufe der Tage. Wie wir hören, ist dem Bataillone Tags zuvor in Löbau und an demselben Tage noch in Strasburg ein ähnlicher freundlicher Empfang bereitet; gebe Gott daß die Männer, welche sich nur mit schwerem Herzen zur Fahne gestellt haben, recht bald ihren Familien und dem heimischen Heerde wiedergegeben werden.

Marienwerder. Die conservative Adresse, welche im Landschaftsgebäude ausliegt, soll, wie uns von einem Augenzeugen berichtet wird, noch keine Unterschrift von den hiesigen Bürgern erhalten haben. Man erzählt übrigens, daß die Adresse von dem Generallandschaftsdirector Herrn v. Rabe herrührt. Ob es richtig ist, lassen wir dahin gestellt.

Königsberg. Die „Pr.-Litt. Ztg. schreibt: „Die bekannten Reise-Apostel der Reactions-Partei bemühen sich, die kolossalsten Lügen gegen die Demokraten zu verbreiten, die glücklicherweise so kolossal unsinnig sind, daß sie dadurch eben ganz unschädlich bleiben. Jetzt erzählen sie sogar den Bauern, daß die hier einberufenen Landwehrmänner einen thätlichen Angriff auf unseren Abgeordneten Frenzel gemacht, der sich vor ihrer Wuih nur durch die Flucht durch die Hinterthür habe retten können. Daß an der ganzen Geschichte auch nicht das Geringste wahr ist, versteht sich von selbst."

Lokales.

— **Zur Abgeordnetenwahl**. Durch Rescript des Ministers des Innern sind, wie die „B. B.-Z." mittheilt, die Urwahlen auf Montag, den 18. Juni festgesetzt. Die Abgeordnetenwahlen werden ca. 8 Tage später stattfinden.

— **Eisenbahnverkehr**. Nach sicheren Nachrichten der „Ostpreuß. Ztg." wird auf der Kgl. Ostbahn mit dem 6. Juni c. der regelmäßige Dienst wieder eintreten und die Beförderung von Gütern jeder Art und Vieh ꝛc. wieder aufgenommen werden. Frachtgut dürfte auf der Strecke von Eydtkuhnen bis Löwenhagen einschließlich schon am 4. und auf den übrigen Station (excl. Schneidemühl) am 5. Juni zum Transport ohne Beschränkung der Richtung wieder angenommen werden. Auf Station Schneidemühl würde die regelmäßige Frachtgutaufgabe indeß erst zum 6. Juni wieder gestattet sein.

— **Zum Geschäftsverkehr**. Die Panique, welche seit dem Himmelfahrtstage auch hier die Gemüther ergriff und Personen, welche bei der städt. Sparkasse, bei der Kreditgesellschaft G. Prowe & Co. und dem Vorschußvereine Ersparnisse verzinslich angelegt hatten, antrieb, Depositen jene Kredit-Instituten zu kündigen, hat nachgelassen, da diese ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Indessen, nachstehende Erwägungen, nicht sowol im Interesse besagter Institute, als vielmehr zum Vortheile des Publikums, dürften wol nicht überflüssig sein. Wer da, wie wir, wahrgenommen hat, wie diese Kreditanstalten dem Geschäftsverkehr und der Gewerbethätigkeit unseres Platzes förderſam zur Seite standen, wird nicht blos ihre Fortdauer, sondern ihnen in diesem kritischen Momente auch die größt möglichste Unterstützung seitens des Publikums wünschen. Anlaß zu Besorgnissen ist nicht vorhanden: — für die Einlagen der städt. Sparkasse garantirt die Kommune mit ihrem Kämmerei-Vermögen, die Kredit-Gesellschaft ruht auf einem Fundamente von 60,000 Thlr., für den Vorschußverein haben sich über 400, darunter die wohlhabensten, Einwohner der Stadt solidarisch verpflichtet. Daß diese Anstalten ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, ist eine Thatsache und stellt dieselbe ein glänzendes Zeugniß dafür aus, daß die Vorstände die Verwaltung mit Besonnenheit und Gewissenhaftigkeit geführt haben. — Und was kann nun dieser Thatsache gegenüber zur Unterstützung der Institute das Publikum, und zwar in seinem eigensten Interesse und zu seinem eigenen Vortheile thun? — Wir antworten kurz: das Publikum soll dieselben nicht, aus übertriebener und ungerechtfertigter Aengstlichkeit, durch Kündigung von Spareinlagen und Depositen unnützerweise in Verlegenheit zu setzen. — Weshalb hat denn Jemand seine Ersparnisse jenen Instituten anvertraut? — Doch nur, um dieselben sicher zu stellen gegen die persönliche Neigung, Geld leicht auszugeben, gegen Diebstahl, Feuersgefahr ꝛc., sowie, um von ihnen durch Zinsenertrag Nutzen zu ziehen. Wenn nun Jemand seine bei jenen Instituten sichergestellte Ersparniß, wofern ihn nicht etwa eine äußerste Nothwendigkeit dazu drängt, kündigt und abholt, so handelt er doch offenbar gegen seinen Vortheil. Er verliert zunächst die Zinsen, und setzt sich außerdem noch der sehr möglichen Gefahr aus, daß er entweder sein Geld leicht verthut, wozu die aufgeregte Zeitstimmung nur gar zu sehr anregt, oder daß ihm sein Geld entwendet wird, oder irgendwie verloren geht. Kurz, unsere Ansicht, nochmals sei es gesagt, ist die, daß den besagten Kredit-Anstalten im allgemeinen Interesse die zur Zeit mögliche Unterstützung, und zwar dadurch zu Theil werde, daß diejenigen, welche bei jenen Spareinlagen oder Depositen niedergelegt haben, diese, und zwar in ihrem eigensten Interesse, nicht ohne dringendste Veranlassung zurückfordern. — Man genügt dadurch auch einer sittlichen Verpflichtung, übt eine hochzuschätzende Bürgertugend. In einer so bedränkten Zeit, wie die gegenwärtige, ist es Pflicht der furchtsamen Selbstsucht Zaum und Zügel anzulegen, da muß Einer zum Anderen stehen, Einer mit dem Andern gehen. Die pfiffige Selbstsucht sagt wol, ich bin mir selbst der Nächste, wenn ich Nichts habe, giebt mir Niemand Etwas, sie vergißt aber dabei, daß sie, wenn Andere im Stich läßt und dadurch mittelbar schädigt man sich in weiterer Folge selbst schädigt, und daß die nach Möglichkeit Anderen gewährte Hilfe in weiterer Wirkung zur sich selbst gewährten Hilfe wird. Auch auf wirthschaftlichem Gebiete ist festes Zusammengehen und Zusammenstehen ein wirksamstes Mittel gegen drohende Gefahren.

— **Jahresbericht des Verschönerungsvereins**. Der Verein, dessen Wirksamkeit im Jahre 1864 durch die Schwierigkeit, die beim Tode des damaligen Kassen-Rendanten, Kaufmann Rägber, in dessen Hände befindlich gewesenen Gelder aus dem gerichtlichen Depositorio gezahlt zu erhalten, vielfach gehindert wurde, hat sich in den Jahren 1864 und 1865 darauf beschränken müssen, die vorhandenen Anlagen zu erhalten, die an manchen Stellen noch fehlenden Ruhebänke anfertigen zu lassen, für eine Verbesserung der sehr schadhaft gewordenen Treppe am äußern Culmer-Thor die Genehmigung der Kgl. Fortifikations-Behörde zu bewirken, die verfallene Laube vor dem äußeren Bromberger-Thore herzustellen, und für den etwas kostbaren Unterhalt der Schwäne auf den Stadtgräben Sorge zu tragen. Im Jahre 1865 traten in den Vorstand die Herren Hornemann und Gieldzinski an Stelle ausscheidender Mitglieder ein; die Ablegung des Jahresberichtes wurde durch Reisen einzelner Mitglieder des Vorstandes verzögert.

Im Jahre 1864 betrug die Einnahme des Vereins an Beiträgen von 123 Mitgliedern 160 Thaler. Die Ausgabe betrug für Arbeiten in den Anlagen an den Glacis 29 Thlr.; für Herstellung der Laube unweit des äußeren Bromberger Thores 97 Thlr; für Anfertigung neuer, zum Theil eiserner Ruhebänken 40 Thlr.; für Fütterung und Beäufsichtigung der Schwäne 18 Thlr.; für Botenlohn 8 Thlr., so daß die Gesammtausgabe 192 Thlr. betrug, und der Rendant einen Vorschuß von 32 Thlr. nehmen mußte.

Im Jahre 1865 wurde das im gerichtlichen Depositorio seit dem Tode des Kfm. Rägber vorhanden Geld nebst Zinsen mit 301 Thlr. gezahlt; die Beiträge von 107 Mitgliedern betrugen 140 Thlr., Zinsen 2 Thlr., so daß die Gesammteinnahme 443 Thaler ausmachte. Die Ausgaben betrugen für Arbeiter in den Anlagen 35 Thlr.; für Fütterung und Beaufsichtigung der Schwäne 41 Thlr.; für Erneuerung der Treppe am äußern Culmer-Thore 22 Thlr.; für einen Gartentisch, 8 eiserne und 10 hölzerne Ruhebänke und diverse nöthige Reparaturen 135 Thlr.; für Botenlohn 8 Thlr., zusammen 241 Thaler. Von dem verbliebenen Kassenbestande wurden 150 Thlr. bei der hiesigen Kredit-Gesellschaft zinsbar untergebracht.

Indem wir Vorstehendes einfach berichten, bitten wir die geehrten Mitglieder des Vereins, auch in der bedrängten Zeit, in der wir uns befinden, ihre Theilnahme dem Vereine, der nun in das 25. Jahr seines Bestehens eingetreten ist, nicht zu entziehen, da mit einem geringen jährlichen Opfer der Einzelnen so manche Annehmlichkeit für das gesammte Publikum erreicht ist. Wir bitten das gesammte Publikum, die Anlagen unter seinen Schutz zu nehmen, damit muthwillige Zerstörungen immer seltener werden, wie dieses in der letzteren Zeit sich zu unserer Freude gezeigt hat. In der heutigen General-Versammlung wurde die Neuwahl des Vorstandes für 1866—1867 vollzogen, so daß derselbe nun gebildet wird durch die Herren: Genenralmajor a. D. v. Prittwitz, Oberbürgermeister Körner, Dom.-Rentmeister Dewitz, Pfarrer Dr. Güte, Stadtrath Hoppe, Rentier Hornemann, Kaufmann Hirschfeld, Oberlehr. Dr. Bergenroth, Hauptmann v. Wichert, Rentier Schmiedeberg. Wir wiederholen hiebei die Bitte an die Mitglieder, an den Vorstands-Versammlungen häufiger Antheil zu nehmen und dadurch zum weiteren Gedeihen des Vereins thätig mitzuwirken.

— **Ueber den Unglücksfall**, den das Gewitter a. 29. d. herbeiführte und dessen wir schon in v. Num. gedachten, erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß sich in die in der Nähe des Rudacker-Forts stehende Schankbude vor dem Sturm und Regen dreißig, meistens beim Fort beschäftigte Personen geflüchtet hatten. Als der Letzte von ihnen in die Schankbude trat, fuhr in dieselbe der Blitzstrahl, ein kalter Schlag zwar, tödtete aber Einen, einem Anderen zerschmetterte er den Arm, einem Dritten riß er ein Stück von der Backe fort. Mehrere von den Anwesenden wurden minder erheblich verletzt, auch die Unverletzten waren vollständig betäubt. Der praktische Arzt Herr Dr. Schlesinger wurde eiligst herbeigeholt und leistete den Verunglückten die erfolgreichste Hilfe.

— **Industrielles**. Das größte Interesse der Landwirthe in unserer Umgegend wendet sich einem Transport von Schaafen und einem Bocke der Rambouillet-Race zu, welche Herr Rittergutsbesitzer Meister zu Piewniec in Frankreich angekauft und hier eingeführt hat. Wie uns sachverständigerseits geschrieben wird, sind die Thiere von vorzüglicher Schönheit und von solcher Qualität in unserer Gegend noch nicht gesehen worden, namentlich macht der Bock durch seine Reichwolligkeit, dichten Stapel und die Schönheit des Vließes Aufsehen. — Dem Unternehmen, welches der Schaafzucht in unserer Gegend ohne Frage sehr förderlich sein wird, wünschen wir den besten Erfolg und bemerken noch schließlich, daß dasselbe nicht blos das Interesse der Landwirthe, sondern auch eines größeren Publikums berührt, da jene Schaaf-Race sich nicht blos wegen nur großen Ertrages von feiner Wolle, sondern auch wegen des Reichthums ihres schmackhaften Fleisches zur Zucht empfiehlt.

Mit Bezug auf die betreffende Notiz in Nr. 76 u. Bl. theilen mit, daß dem Telegraphisten Hrn. A. Häneke, früher in Danzig, jetzt in Schmiedeberg i. Schl., für seine von uns kürzlich bereits erwähnte Erfindung, betr. eine Vorrichtung am Copir-Telegraphen zur Regulirung der Bewegung der Walzen, auf fünf Jahre ein Patent für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden ist.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Die Auswanderung** aus Deutschland nimmt immer mehr zu. Bis zum September sind bereits sömmtliche betreffenden Schiffe in Bremen und Hamburg voraus in Anspruch genommen, so daß Passagiere, die sich jetzt melden, erst Anfangs Oktober befördert werden können.

Thorn, den 31. Mai. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für

Weizen: Wispel gesund 36—64 thlr.
Roggen: Wispel 30—32 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 33—40 thlr.
Gerste: Wispel kleine 28—30 thlr.
Hafer: Wispel 20—22 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 13—15 sgr.
Butter: Pfund 5½—6 sgr.
Eier: Mandel 3—3½ sgr.
Stroh: Schock 10—12 thlr.
Heu: Centner 25—30 sgr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 152 pCt. Russisch Papier 152½ pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 31. Mai. Temp. Wärme 8 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 2 Fuß 5 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Ein Paar gefütterte, mit Leder besetzte neue schwarze Zeuggamaschen sind als gestohlen in Beschlag genommen.

Der Eigenthümer wolle sich bei unserer Polizei-Inspection melden.

Thorn, den 28. Mai 1866.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

Es predigen:

In der evangelisch-lutherischen Kirche.

Freitag, den 1. Juni Abends 7 Uhr Missionsstunde Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.